

Initiative Mehrweg



Tätigkeitsbericht 2017



Summary

Ziel der Stiftung Initiative Mehrweg ist die nationale wie internationale Förderung und Harmonisierung von Mehrwegsystemen. Folgende Themen haben uns 2018 besonders beschäftigt:

Im Tätigkeitsbericht werden die Struktur der Stiftung und die Projekte im Einzelnen vorgestellt. Ergänzende Information sind der Internetseite der SIM (www.stiftung-mehrweg.de) zu entnehmen.

I. Die Stiftung

Stiftungszweck und Stiftungsziele

Zweck der Stiftung ist die Förderung des Umweltschutzes sowie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen mit Hilfe der Durchführung von Projekten in Wissenschaft und Forschung sowie der Einflussnahme auf die Politik. Ihrer Satzung folgend leistet die Stiftung durch die Unterstützung von Mehrwegsystemen einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen. Wie im Namen der Stiftung dokumentiert, ist es das vorrangige Ziel der Stiftung, für die Verbreitung und Akzeptanz von Mehrwegsystemen einzutreten.

Diese Ziele werden vor allem verfolgt durch die Unterstützung beim Erhalt, bei der Verbreitung und Harmonisierung von Mehrwegsystemen unter Berücksichtigung ökologischer, logistischer und ökonomischer Gesichtspunkte. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit – insbesondere auch die „fachbezogene“ Öffentlichkeit, und die „politische“ Öffentlichkeit – über die ökologische Vorteilhaftigkeit und die Nachhaltigkeit von Mehrwegsystemen als Ressourcen-optimiertes Logistiksystem zu informieren und den gesellschafts-politischen Dialog im Spannungsfeld von umweltpolitischen Erfordernissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu fördern.

Organe der Stiftung

Die Organe der Stiftung sind der Vorstand und das Kuratorium.

1. Vorstand

Gemäß § 7 der Satzung in der Fassung vom 16.10.2012 verwaltet der Vorstand die Stiftung nach Maßgabe der Satzung in eigener Verantwortung. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Stiftung sind. Der Vorstand war im Geschäftsjahr 2017 wie folgt besetzt:

- **Wolfgang Brauck** (bis 06.10.2017)
Generalbevollmächtigter
Saint-Gobain Oberland AG,
- **Thomas Beyer** (ab 06.10.2017)
Personalvorstand
Verallia Deutschland AG
Oberlandstraße , 88410 Bad Wurzach
- **Dr. Kurt Jäger (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)**
Geschäftsführer
Euro Pool System International (Deutschland) GmbH
Raiffeisenstraße 10, 53332 Bornheim
- **Wolfgang Orgeldinger**
Geschäftsführer
IFCO SYSTEMS GmbH, Zugspitzstr. 15, 82049 Pullach
- **Frank Reininghaus (Vorstandsvorsitzender)**
Vertriebsleiter
Schoeller Allibert GmbH, Sacktannen 30, 19057 Schwerin
- **Roel de Jong**
Sales Manager Europe bzw. CEO
Container Centralen Benelux B.V., Postbus 443, NL-2130 AK Hoofddorp

2. Kuratorium

Aufgabe des Kuratoriums ist es, den Vorstand in allen grundsätzlichen Fragen der Stiftung zu beraten und Impulse für die Stiftungsarbeit zu geben. Darüber hinaus wählt das Kuratorium die Mitglieder des Vorstandes. Das Kuratorium ist pluralistisch zusammengesetzt und umfasst Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Verbänden. Im Jahre 2016 war es mit folgenden Persönlichkeiten besetzt:

- **Arie de Bruijn (stellv. Vorsitzender)**
Geschäftsführer Euro Pool System ret.
- **Roland Demleitner**
Geschäftsführer
Private Brauereien Deutschland e. V., Rheinstr. 11, 65549 Limburg
- **Günter Gerland (Vorsitzender)**
BtwB – Strategie- und Logistik-Beratung
Quälkampsweg 98G, 22880 Wedel
- **Günther Guder**
Geschäftsführender Vorstand
Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels e. V.
Monschauer Str. 7, 40549 Düsseldorf
- **Dr. Volker Lange**
Abteilungsleiter Verpackungs- und Handelslogistik
Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik (IML)
Joseph-von-Fraunhofer-Str. 2-4; 44227 Dortmund
- **Jürgen Resch**
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe e. V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
- **Martin Schoeller**
Geschäftsführer
Schoeller Holding GmbH, Zugspitzstr. 15, 82049 Pullach

3. Förderer der Ziele und Aufgaben der Stiftung Initiative Mehrweg e.V.

Für inhaltlichen Input und finanzielle Unterstützung in Form von (Projekt-) Spenden, dankt die Stiftung den Firmen Ringoplast GmbH, bekuplast GmbH, Didak Injection, Hollarts Kunststofftechnik BV, Paki Logistics GmbH und LOGIPACK Pool GmbH sowie LOGICYCLE GmbH.

4. Geschäftsstelle / Geschäftsführung

Die Geschäftsstelle befand sich bis zum 30.09.2017 in:

14552 Michendorf, OT Wilhelmshorst,
Eichenweg 11

Telefon: +49 (0)33205-24037

Fax.: +49 (0)33205-24038

Email : info@stiftung-mehrweg.de

Homepage : www.stiftung-mehrweg.de

Seit dem 1.10.2017 befindet sich die Geschäftsstelle im Hauptstadtbüro:

Kurfürstendamm 217

p.A. Prof. Versteyl Rechtsanwälte

10719 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 – 3300 838 20/ 50

Fax: +49 (0) 30 – 3300 838 55

Geschäftsführer bis 30.09.2017: Staatssekretär a. D. Clemens Stroetmann

Geschäftsführerin seit dem 01.10.2017: Martina Gehrman

Rechtsanwältin & Syndikusanwältin

II. Förderbereich Wissenschaft und Forschung

Die Stiftung Initiative Mehrweg (SIM) verfolgt u. a. den Zweck, durch die finanzielle Unterstützung von Wissenschafts- und Forschungskonzepten zum Aufbau von umweltoptimierten Logistikkonzepten zur Abfallvermeidung beizutragen. Dabei steht die Wieder- und Weiterverwendung von Verpackungen im Vordergrund. Nicht weniger wichtig ist die Prüfung solcher Konzepte auf ihre praktische Anwendbarkeit und ihre internationale Verbreitungsfähigkeit.

Im Jahr 2017 wurden richtungsweisende Forschungsansätze voran gebracht.

Bereich Transportverpackungen

Die Stiftung Initiative Mehrweg hat im Berichtsjahr eine neue Studie in Auftrag gegeben, mit der der „CO²-Fußabdruck“ von Mehrwegsteigen und Einwegkisten für Obst und Gemüse entlang der Transportkette durch Europa untersucht werden soll. Um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten ist Voraussetzung, dass präzise Kenntnisse zu bedeutenden Aspekten der Umweltverträglichkeit – insbesondere den Treibhausgasemissionen – unterschiedlicher Verpackungssysteme ermittelt werden, um den handelnden Akteuren von den Erzeugern bis zum Einzelhandel verlässliche Entscheidungshilfen für ihr tägliches Handeln zu geben.

Hauptziel der Studie ist die Quantifizierung der Treibhausgasemissionen wiederverwendbarer Mehrwegsteigen aus Plastik sowie der Einwegkisten aus Pappe, den beiden Verpackungssystemen mit der größten Marktrelevanz. Zur Erreichung dieses Ziels werden Prozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette beider Verpackungssysteme betrachtet. Die Lebenszyklusphasen der Herstellung, der Nutzung und des Lebensendes werden ermittelt und miteinander verglichen.

Die jetzt in Auftrag gegebene Studie bettet sich in eine Reihe von Untersuchungen der Stiftung ein, mit denen verschiedene Aspekte der Umweltverträglichkeit unter die Lupe genommen werden. So hatte die Stiftung zuletzt v.a. wissen wollen, ob und gegebenenfalls welche Einflüsse die unterschiedlichen Verpackungssysteme auf die Haltbarkeit und Frische des verpackten Obstes und Gemüses gegeben sind. Die unter Leitung von Frau Dr. Kreyenschmidt vom Institut für Tierwissenschaften der Universität Bonn ließ hier bei leichten Vorteilen für die Mehrwegsteigen keine signifikanten Unterschiede erkennen. Bei der nun beauftragten Studie erwarte die Stiftung hingegen klare Vorteile der Mehrwegsteigen vor den Einwegkisten aus Wellpappe. Ob diese Erwartung aufgeht oder nicht, werden die Ergebnisse, die für 2018 erwartet werden, zeigen.



III. Unterstützung Schulprojekte

Die LizzyNet gGmbH, Betreiberin eines Online-Bildungsportals für Jugendliche, hat sich mit einem Projektantrag an die SIM gewandt, mit dem sie sich in der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beteiligen will.

Bei dem geplanten Projekt mit dem vorläufigen Titel „Zukunft der Verpackungen – Nachhaltig und klimafreundlich?!“ möchten sie Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit der Ökobilanz verschiedener Verpackungssysteme anregen und ihnen bereits bestehende klimafreundliche Ansätze in Forschung und Wirtschaft nahebringen.

Ziel soll es sein, dass die jungen Menschen motiviert werden, sich mit Ideen für umwelt – und klimafreundliche Verpackungen und Transportsysteme (incl. Pfandmodelle) beschäftigen und so ihren eigenen Konsum künftig klimafreundlicher gestalten können.

Dazu soll es neben Bildungsworkshops in Schulen und Jugendbildungseinrichtungen auch die Möglichkeit geben, dass die Jugendlichen innovative Ansätze in der Wirtschaft kennenlernen – z.B. durch einen Betriebsbesuch - und zu einem späteren Zeitpunkt in einer sogenannten „Zukunftswerkstatt“ mit Beteiligten aus Unternehmen und der (Umwelt-)Forschung ihre Zukunftsvisionen und Ideen für klimafreundlichen Konsum erörtern.

Ziel ist es, dass das Projekt als Initiative Mehrweg zu begleiten und mit Schüler/innen über das Thema nachhaltiger Konsum durch Mehrwegsysteme in einen Dialog zu treten. Dabei sind auch Besuche in Unternehmen geplant, vermittelt durch die SIM, in denen Schulklassen einen Einblick in die Mehrwegbranche erhalten.

IV. Förderung des umweltpolitischen Dialoges

Mit großer Sorge verfolgt die Stiftung Initiative Mehrweg (SIM) nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett am 21.12.2016 den Diskussionsprozess um den Entwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für ein Verpackungsgesetz.

Die Stiftung ist zwar insgesamt der Auffassung, dass selbst mit diesen Entwurf, der ja die ursprüngliche Absicht eines Wertstoffgesetzes weit hinter sich gelassen hat, Schritte in die „richtige Richtung“ verfolgt werden. Das darf aber nicht an der Feststellung hindern, dass Mehrweg als Vermeidung von Abfall in dem vorliegenden Entwurf **keinen Rückhalt** findet. Die Stiftung möchte Sie deshalb bitten, die nachfolgenden Kritikpunkte für eine deutlich erkennbare Umsetzung des Zieles der Abfallvermeidung im weiteren Verfahren zu nutzen:

Die abfallwirtschaftlichen Ziele des § 1 werden begrüßt. Die Stiftung unterstützt alle Bemühungen, die zu einer Vermeidung oder Verringerung der Auswirkungen von Verpackungsabfällen auf die Umwelt führen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Entwurf).

Insbesondere unterstützt SIM – ihren satzungsmäßigen Aufgaben folgend – eine Stärkung des Anteils der in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränke (§ 1 Abs. 2 1. Halbsatz).

Diese Formulierung richtiger abfallwirtschaftlicher Ziele bleibt indessen völlig folgenlos, weil der Gesetzentwurf auf nahezu jede Maßnahme verzichtet, die die Durchsetzung dieser Ziele sicherzustellen in der Lage ist. Mit Blick auf die Getränkeverpackungen verstößt der Entwurf zudem gegen die zwingend einzuhaltende Abfallhierarchie von § 6 Abs. 1 KrWG, wenn in § 1 Abs. 3 des VerpackG - E die Stärkung des Anteils in Mehrweggetränkeverpackungen

abgefüllter Getränke **ohne Abstufung** auf die gleiche Stufe gestellt wird mit dem Ziel, das **Recycling** von Getränkeverpackungen – womit hier ganz überwiegend und ganz eindeutig die Einweggetränkeverpackungen gemeint sind – in geschlossenen Kreisläufen **zu fördern**.

Soll die – wohlfeile – Aussage des § 1 Abs. 3 mehr als ein Programmsatz werden, müsste der Absatz wie folgt gefasst werden:

„Der Anteil ... soll gestärkt und das Recycling von Getränkeverpackungen in geschlossenen Kreisläufen unter Beachtung der Abfallhierarchie gefördert werden.“

Der Entwurf eines VerpackG verzichtet ausdrücklich auf die Beibehaltung der bisherigen Zielquote für Mehrweg – und ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen. SIM sieht dies als einen gravierenden Fehl- wie Rückschritt einer zuerst auf Vermeidung (und damit auch auf Ressourcen- und Klimaschutz) angelegten, zukunftsweisenden Umweltpolitik an.

Die Begründung dazu vermag noch nicht einmal im Ansatz zu überzeugen. Die Tatsache, dass der Gesetzentwurf den Begriff der ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackung nicht wieder aufnimmt steht in überhaupt keinem Zusammenhang mit dem vollständigen Verzicht auf eine Zielquote für Mehrweggetränkeverpackungen, die nach der erklärten und fachlich richtigen Überzeugung des Bundesministeriums **für** Umwelt als „ökologisch vorteilhaft eingestuft“ sind.

SIM teilt zwar die Analyse in der Begründung, nach der „sich die bisherige unverbindliche als auch sanktionslose Zielstellung nicht als wirksames Instrument zur Stärkung von Mehrwegverpackungen erwiesen hat“, zieht daraus aber die gegenteilige Schlussfolgerung: Gerade **weil** dies so ist, muss **deshalb** eine verbindliche und mit Sanktionen versehene Mehrwegquote tragender Bestandteil eines VerpackungsG sein, dass seinen eigenen Zielen genügen will.

In der bisherigen Form genügt der Gesetzentwurf auch im Bereich sonstiger Mehrwegverpackungen den selbst gesteckten Zielen nicht. Der Entwurf verschweigt sich z. B. zu **Mehrwegtransportverpackungen** gänzlich. Dies ist ein weiteres gravierendes Defizit des Entwurfes.

Die Ausweitung der Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen, die kohlenensäurehaltige Nektare enthalten, ist **unzureichend** und zu kurz gegriffen. Es gibt keine sachlich/fachliche Begründung dafür, die in § 31 Abs. 5 Nr. 7 lit b bis j gegenüber der bisherigen Rechtslage unveränderten Ausnahmen beizubehalten.

Zudem ist es widersprüchlich, einerseits auf den Begriff der ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen zu verzichten, andererseits aber die nach „altem Recht“ mit der Begründung als „ökologisch vorteilhaft“ von der Pfandpflicht befreiten Einweggetränkeverpackungen auch künftig – und nunmehr **ohne jede Begründung** – von der Pfandpflicht freizustellen.

Die in § 32 des Entwurfes vorgesehene Kennzeichnung von Einweg- und Mehrweggetränkeverpackungen „in unmittelbarer Nähe“ zum Getränk (also bestenfalls am Regal) ist schließlich völlig unzureichend.

SIM fordert die Kennzeichnung auf dem Produkt – und dies in einer Weise, die der freiwilligen Selbstverpflichtung weiter Teile der Einwegabfüller mit dem Ministerium entspricht.

Geschieht dies nicht, ist davon auszugehen, dass die freiwillige Selbstverpflichtung an dem Tage aufgekündigt wird, an dem das Gesetz eine deutlich geringere Anforderung zur Pflicht macht. Es läuft allen Erfahrungen zuwider, dass freiwillig und flächendeckend höhere Anforderungen – die zudem mit Kosten verbunden sind – erfüllt werden als rechtlich gefordert.

Zusammenfassung der Mehrwegaspekte.

In seiner gegenwärtigen Fassung entspricht der Entwurf bezüglich fehlender oder unzureichender Regelungen für die Förderung von Mehrwegverpackungen nicht den Anforderungen, die notwendig wären, um einen wirksamen ökologischen Effekt auszulösen. Er ist deshalb aus der Sicht der Stiftung Initiative Mehrweg abzulehnen.

Die SIM hat sich daher mit einem umfassenden Forderungskatalog an die Koalitionspartner des 19. Deutschen Bundestages gewandt (einsehbar auf der Homepage der SIM).

Umsatzsteuerliche Behandlung der Hin- und Rückgabe von Transportbehältnissen

Auch im Berichtsjahr hatte sich SIM weiterhin mit dem Problem auseinanderzusetzen, dass einzelne Landesbehörden vermehrt die Rückgabe eines Transporthilfsmittels als eigenständige Rücklieferung zu behandeln und diese Frage auch auf Bundesebene diskutiert wurde. Vor diesem Erlass war es Praxis, die Rückgabe wie bei Warenumschießungen als Entgeltminderung zu sehen. SIM setzt sich hier weiterhin für eine Verwendung von Mehrwegsystemen begünstigende Lösung ein.

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Mitarbeit in der Allianz für Mehrweg

Ein wichtiger Baustein der SIM-Tätigkeit im Bereich Mehrweg-Getränkeverpackungen sind die Aktivitäten der „Allianz für Mehrweg“, der die Deutsche Umwelthilfe, der Verband der Privatbrauereien Deutschland e. V., der Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels e. V., der Verband des Deutschen Getränkeeinzelhandels e. V., der Verein Pro Mehrweg e. V. und die Stiftung angehören. Die Zusammenarbeit wurde auch im Berichtsjahr erfolgreich fortgeführt. Die diesjährige und mittlerweile traditionelle gemeinsame Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ wurde im April mit einer Pressekonferenz eingeleitet.

Internationale Zusammenarbeit

Die Stiftung wurde im Dezember 2015 Mitglied der Plattform Reloop, mit Sitz in Brüssel, Berlin und Barcelona. Die im selben Jahr gegründete Plattform soll künftig die Interessen bündelt von Unternehmen, Organisationen und Forschungseinrichtungen, die die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft durch den Einsatz von Mehrwegsystemen und ehrgeizigen Recyclingsystemen in Europa vorantreiben wollen. Durch Vernetzung der Interessensvertreter, Informationsbündelung und durch Beeinflussung von Entscheidungsträgern in der Politik sollen die Weichen für den Wandel hin zur Kreislaufwirtschaft gestellt werden. Die Kanadierin Clarissa Morwaksi ist Geschäftsführerin der Plattform Reloop und vertritt diese in Brüssel.

Workshops, Fachgespräche und Veranstaltungen

- Veranstaltung „Wertstoffregister“ zum VerpackG am 14. Februar 2017
- Tagung der Ev. Akademie Loccum vom 24. bis 26. Februar 2017 zum Thema „Plastikmüll. Eine große, unlösbare Aufgabe?“
- Pressekonferenz „Allianz für Mehrweg“ am 08. März 2017
- Gespräch mit Herrn CEO Timmer (Green Club) am 15. Februar 2017

V. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im November diskutierten in Bonn auf der Weltklimakonferenz Experten nach Möglichkeiten den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, um den Klimawandel zu stoppen. Eine Möglichkeit, wie jeder Verbraucher tagtäglich zum Klimaschützer werden kann, ist der Griff zur ökologisch vorteilhaften Mehrwegflasche. Der konsequente Einsatz von Mehrwegflaschen für alkoholfreie Getränke würde im Vergleich zu Einwegflaschen 1,25 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten vermeiden und damit das Klima entlasten. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von 575.000 Mittelklassewagen, die im Durchschnitt 15.000 km pro Jahr fahren. Um das Klimaschutzpotential von Mehrwegflaschen voll auszuschöpfen fordert die aus der Deutschen Umwelthilfe (DUH), der Stiftung Initiative Mehrweg (SIM) und mehrwegorientierten Wirtschaftsverbänden bestehende „Mehrweg-Allianz“ eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen Mehrwegquote von 70 Prozent. Am Erreichen der Zielquote wird sich die zukünftige Bundesregierung messen lassen müssen.

Zur Erreichung der im neuen Verpackungsgesetz festgeschriebenen Mehrwegquote von 70 Prozent fordert die „Mehrweg-Allianz“ ein schrittweises Vorgehen. Mit konkreter Mehrweg-Förderung sollte die Quote auf 50 Prozent in 2019, 60 Prozent in 2020 und 70 Prozent in 2021 erhöht werden. Zwischenziele sind notwendig, um ab sofort eine Rückenwindssituation für Mehrweg-Betriebe zu schaffen und bei sich abzeichnenden Verweigerungshaltungen von Marktbeteiligten notwendige Sanktionen rechtzeitig vorzubereiten. Sollte die Mehrwegquote nicht ausreichend steigen, sind gemäß einem Entschließungsantrag des Bundestages vom 28. März 2017 „weitergehende rechtliche Maßnahmen“ zu entwickeln. Eine solche Maßnahme könnte die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen in Höhe von 20 Cent sein, wie diese bei Alkopops seit Jahren besteht.

Die konsequente Mehrwegförderung muss Bestandteil einer ambitionierten Klimaschutzpolitik sein und bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart werden. Das

weltweit größte Mehrwegsystem muss in Deutschland wieder gestärkt und auf die alte Zielgröße ausgebaut werden. Davon hängt die Sicherung von rund 150.000 grünen Arbeitsplätzen in der Region und der Erhalt einer weltweit einmaligen Getränkevielfalt ab.

VI. Vorstands- Kuratoriums- und Fachgruppensitzungen

Arbeit der Fachgruppe

Die Fachgruppe Transportverpackungen als Plattform für die verstärkte inhaltliche Arbeit hat sich auch im Berichtsjahr bewährt. Mitglieder der Fachgruppe waren Kuratoriums- und Vorstandsmitglieder und die Firma Bekuplast. Weiter wurden zu einzelnen Sitzungen Gäste geladen.

Dialog zu Vorstand, Kuratorium und Förderern

Die Kommunikation zu Vorständen und Kuratoren wurde auch zwischen den Sitzungen gepflegt. Informationen zu Mehrweg bzw. relevanten politischen Themen wurden per Mail an Vorstand, Kuratorium und Förderer verschickt. Darüber hinaus wurden in einer Vielzahl von Telefonaten, Telefonkonferenzen und in Mails strategische und inhaltliche Fragen erörtert.

Vorstand und Kuratorium der Stiftung tagten im Berichtsjahr 2017 gemeinsam am 24.03.2017, am 10.04.2017, am 04.07.2017 und am 06.10.2017.

VII. Ausblick

Die Mitarbeit in der „Allianz für Mehrweg, insbesondere im Rahmen der Aktion „Mehrweg ist Klimaschutz“ wird fortgeführt und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Umwelthilfe der Mehrweg-Innovationspreis verliehen. Das Verpackungsgesetz wird auch im kommenden Jahr ein Schwerpunktthema für die Mehrweg-Allianz.



Berlin, 30.11.2018

Martina Gehrman
Geschäftsführerin